

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**33. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Juni 1962, 14 Uhr**

**34. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 15. Juni 1962, 9 Uhr**

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Abgeordneter Ertl	Treffen Pressemeldungen zu, wonach der ehemalige SS-Oberscharführer Robert Henkelmann aus Lünen, der im Jahre 1944 ein Rollkommando gegen Fremdarbeiter in Neunkirchen (Eifel) geleitet haben soll, von der italienischen Geheimpolizei als Spitzel in Südtirol im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen eingesetzt wurde?
----------------------	---

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

II. 1. Abgeordneter Hansing	Stimmt es, daß zur Zeit noch 16 Algerier in der Bundesrepublik in „Schutzhaft“ festgehalten werden, obwohl Frankreich alle inhaftierten Algerier — nach der Unterzeichnung des Vertrages von Evian — aus den Gefängnissen entlassen hat?
II. 2. Abgeordneter Hansing	Ist irgendeiner der 16 in der Bundesrepublik in Schutzhaft genommenen Algerier von einem deutschen Gericht verurteilt bzw. ist gegen einen von ihnen Anklage erhoben?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

III. 1. Abgeordneter Freiherr zu Guttenberg	Aus welchem Grunde hat der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Ende vergangenen Jahres die von der Europäischen Kommission im Rahmen eines Haushaltsentwurfs für 1962 angeforderten Mittel nicht in voller Höhe bewilligt?
III. 2. Abgeordneter Ritzel	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um Vertreter der deutschen Industrie bei Durchführung von Auslandsreisen zu veranlassen, nach Möglichkeit die Flugzeuge der Deutschen Lufthansa zu benutzen und dadurch den Bundesbeitrag zu den laufenden Kosten der Lufthansa entsprechend herabzusetzen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

- IV. 1. Abgeordnete
**Frau Dr. Kiep-
Altenloh** Ist der Bundesregierung bekannt, daß die ledigen Bediensteten der Bundesbehörden, insbesondere die große Zahl der weiblichen Postbeamtinnen, in bezug auf die Wohnungsfürsorge nach wie vor entscheidend benachteiligt sind?
- IV. 2. Abgeordneter
Dr. Kohut Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß die Mieten für aus Bundesmitteln mitfinanzierten Garagen in Bonn, einschließlich der im Mai 1962 fertiggestellten, aus fiskalischen Gründen auf Betreiben des Bundesrechnungshofes gegen die Einwendungen des Bundeswohnungsbauministeriums im Mai 1962 mit der Begründung gestiegener Baukosten um etwa 17 v. H. erhöht worden sind, ohne daß die erhöhten Mieterlöse den Bauträgern als Vermietern zufließen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

- Abgeordneter
**Schmidt
(Würgendorf)** Welche Hilfen kann der Herr Bundesjustizminister im Falle des am 3. Februar 1962 auf dem Wege von Helmstedt nach Berlin wegen einiger unbedachter Äußerungen durch die Volkspolizei verhafteten und nun in der Strafanstalt Rummelsburg auf seinen Prozeß wegen Staatshetze wartenden Studenten Werner Sarges aus Siegen (Westf.) in Aussicht stellen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

- VI. 1. Abgeordneter
Wittrock Hält es die Bundesregierung im Rahmen der auch von ihr zu bejahenden Förderung des Baues kommunaler Anlagen (z. B. Kläranlagenbau, Sportstättenenerweiterung) für vertretbar, wenn die Bundesvermögensverwaltung die zum Bau solcher Anlagen benötigten bundeseigenen Grundstücke ungeachtet der örtlichen Schwierigkeiten nur gegen gleichgroßes Austauschgelände abgeben will, wie dies in Wiesbaden festgestellt werden mußte?
- VI. 2. Abgeordneter
Dröschner Hält es die Bundesregierung für richtig, daß in einer Zeit, in der — wie von allen Behörden auch von der Forstverwaltung — Rationalisierung und sparsame Betriebsführung verlangt wird, beim Bundesforstamt Baumholder bisherige Forstwartstellen in Försterstellen bei gleichzeitiger Verkleinerung der bisherigen Reviere umgewandelt werden?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- VII. 1. Abgeordneter
Börner Hat die Bundesregierung die Absicht, den Termin für das Inkrafttreten der gesetzlichen Verpflichtung zum Einbau von Diebstahlsicherungen in Kraftfahrzeugen vom 1. Juli 1962 auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben?
- VII. 2. Abgeordneter
Dr. Jungmann Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung angesichts der ständig steigenden Zahl schwerer Unfälle für notwendig, um die ärztliche Versorgung der Schwerverletzten am Unfallort sicherzustellen?
- VII. 3. Abgeordneter
Dr. Rutschke Warum hat der Herr Bundesverkehrsminister mit der Begründung, die Bundesstraße 293 falle unter den Baustopp, den geplanten Ausbau der Ortsdurchfahrten Wössingen (Baden) und Gölshausen zurückgestellt, obwohl diese Ortsdurchfahrten durch die im Zusammenhang mit dem Ausbau stehenden Kanalisationsarbeiten der Gemeinden jetzt nahezu unbenutzbar sind?
- VII. 4. Abgeordneter
Dr. Rutschke Teilt die Bundesregierung unter Berücksichtigung verkehrspolitischer und gesundheitspolitischer Belange die Meinung, daß insbesondere in Wössingen (Baden) die Staub- und Schlammbelastigungen für die gesamte Bevölkerung gesundheitsschädlich sind und nicht zu lange andauern dürfen?
- VII. 5. Abgeordneter
Dr. Rutschke Teilt der Herr Bundesverkehrsminister die Auffassung, daß in jedem Falle Ortsdurchfahrten im Interesse der Bevölkerung vorrangig auszubauen sind?
- VII. 6. Abgeordneter
Reichmann Ist es zutreffend, daß die Bundesbahndirektion in Karlsruhe bei 21 Bahnhöfen in Südbaden die Einstellung der Stückgutabfertigung beabsichtigt?
- VII. 7. Abgeordneter
Ertl Warum sind die Bahnübergänge am Tegernsee, obwohl immer wieder Unfälle sich ereignen, bis heute nicht durch intakte Ampeln gesichert?
- VII. 8. Abgeordneter
Marquardt Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß in Lehrte (Hann.) ca. 100 Ruhestandsbeamten der Deutschen Bundesbahn bzw. ihren Hinterbliebenen die bisher benutzte Vertragswohnung gekündigt worden ist?
- VII. 9. Abgeordneter
Peiter Welche Haltung nimmt die Bundesregierung in der Frage ein, daß ausländische Lastzüge die deutschen Straßen ohne Fahrtenschreiber benutzen dürfen, während diese für deutsche Fahrzeuge über 7 t zwingend vorgeschrieben sind?
- VII. 10. Abgeordneter
Josten Bis wann kann mit einem reibungslosen Durchgangsverkehr auf der linken Moselseite für die Orte Hatzenport, Löff und Kattenes gerechnet werden?

- VII. 11. Abgeordneter
Riegel
(Göppingen) Wieviel Entschädigungs- und Versorgungsanträge von Hinterbliebenen und Geschädigten aus Anlaß des Eisenbahnunglücks am 13. Juni 1961 in Esslingen (Neckar) sind noch anhängig?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- VIII. 1. Abgeordneter
Dr. Hamm
(Kaiserslautern) Trifft es zu, daß junge Beamte, die durch Losentscheid zur Ableistung des Grundwehrdienstes herangezogen werden, gegenüber solchen, die das Los nicht trifft, dadurch benachteiligt werden, daß ihnen bei der Festlegung des Beförderungsdienstalters die Zeit des Grundwehrdienstes nicht angerechnet wird?
- VIII. 2. Abgeordneter
Dr. Kohut Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die von der Bundesrepublik Deutschland mitfinanzierte, unverhältnismäßig hohe steuerfreie Besoldung der Bediensteten der Europäischen Behörden angesichts der Haushaltslage des Bundes und der sich daraus für die deutsche Beamenschaft ergebenden Konsequenzen zu ändern?
- VIII. 3. Abgeordneter
Sänger Ist die Bundesregierung bereit, die vor einiger Zeit vom Bundesinnenminister in Aussicht genommene Dokumentation über den Verbleib der früher in Deutschland lebenden jüdischen Familien und Einzelpersonen in nächster Zeit zusammenzustellen und dem Bundestag zuzuleiten?
- VIII. 4. Abgeordneter
Dr. Mommer *) Wie erklärt es sich, daß bei gleichem Essensgeldzuschuß an die Bediensteten des Bundes die Preise für Kantinenessen bei gleicher Qualität des Essens unterschiedlich sind oder bei gleichem Preis das Essen in der Qualität unterschiedlich ist?
- VIII. 5. Abgeordneter
Dr. Kohut Sieht sich die Bundesregierung auf Grund des förderativen Ausbaus der Bundesrepublik nach wie vor außerstande, im Einvernehmen mit den Landesregierungen die deutschen Universitäten so auszubauen, daß kein immatrikulationsberechtigter Student vom Studium zurückgewiesen wird, was angesichts der Milliardenzahlungen an Entwicklungsländer und in Anbetracht der Tatsache, daß viele Studenten Ausbildungsjahre durch die Militärzeit verlieren, in weiten Kreisen der Öffentlichkeit nicht verstanden wird?
- VIII. 6. Abgeordneter
Jahn Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gegen die Angehörigen der Sicherungsgruppe Bonn ergriffen, die nach Pressemeldungen angeblich an Morden an Juden beteiligt gewesen sein sollen?

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

- VIII. 7. Abgeordneter
Riegel
(Göppingen) Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um den
Schwerkriegsbeschädigten mit einer Erwerbs-
minderung von mindestens 70% die kosten-
lose Benützung von Straßenbahnen, Schnell-
bahnen und Omnibussen — unbeschadet der
Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts
vom 15. Mai 1962 — weiterhin zu ermöglichen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- IX. 1. Abgeordneter
Soetebier Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, da-
mit die Sturmflutgeschädigten, deren Wohn-
häuser, Stallungen, Betriebsgebäude usw. am
17. Februar 1962 durch die Gewalt der Wasser-
massen zerstört oder beschädigt sind, endlich
erfahren, wie und in welchem Umfange ihnen
geholfen werden soll?
- IX. 2. Abgeordneter
Dr. Ramming Warum sind die Bauern in mehreren Gemein-
den des Landkreises Wolfstein an der bay-
risch-tschechoslowakischen Grenze für zwangs-
weise Grundstücksabtretung zum Bau von
strategischen Straßen während des 3. Reiches
bis heute nicht entschädigt worden?
- IX. 3. Abgeordneter
Ritzel Wie viele Einkommensmillionäre und wie vie-
le Vermögensmillionäre gibt es nach dem neu-
esten Stand in der Bundesrepublik Deutsch-
land?
- IX. 4. Abgeordneter
Seuffert Ist die Bundesregierung — nachdem die Be-
freiung der Einfuhr von nuklearen Brennstoff-
Elementen von der Umsatzsteuer vorgesehen ist und die Stundung der Ausgleich-
steuer bereits durchgeführt wird — bereit,
dem Bundestag die Befreiung der inländischen
Hersteller solcher Elemente von der Umsatz-
steuer vorzuschlagen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- X. 1. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen) *) Ist die Bundesregierung bereit, bei der EWG-
Kommission in Brüssel ein abschöpfungsfreies
Kontingent für Tapioka-Mehl in Höhe von
300 000 t zu beantragen?
- X. 2. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen) Hat die Bundesregierung eine Übersicht über
die Zahl der gerichtlichen Verfahren, in die die
Einfuhr und Vorratsstellen z. Z. verwickelt
sind?
- X. 3. Abgeordneter
Ertl Wieviel Althofsanierungen können nach der
Überprüfung des Bundesernährungsministeri-
ums im Benehmen mit den Ländern im Jahr
1962 entsprechend dem Beschluß des Bundesta-
ges vom 12. April 1962 durchgeführt werden?

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden
erklärt.

- X. 4. Abgeordneter
Ritzel Welche Pension erhält der vor Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst geschiedene frühere Staatssekretär des Bundesernährungsministeriums Dr. Sonnemann?
- X. 5. Abgeordneter
Dröschner Wie wird die Bundesregierung Bestrebungen unterstützen, die darauf gerichtet sind, ausgesiedelte, aufgestockte und deshalb finanziell erheblich belastete bäuerliche Betriebe durch Schaffung intensiv tätiger Beratungsringe in ihrer Betriebsführung den heutigen Wettbewerbsverhältnissen entsprechend zu stärken?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- XI. 1. Abgeordneter
Fritsch Ist beabsichtigt, in der notwendigen Neuordnung des Bundesversorgungsgesetzes eine Heiratsabfindung im Sinne des § 44 BVG für die ehemaligen Kriegerwitwen, die sich vor Inkrafttreten des BVG wiederverheirateten, vorzusehen?
- XI. 2. Abgeordneter
Fritsch Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele ehemalige Kriegerwitwen, die sich vor Inkrafttreten des BVG wiederverheirateten, durch die derzeit geltende gesetzliche Regelung von der Gewährung einer Abfindung gemäß § 44 BVG ausgeschlossen werden?
- XI. 3. Abgeordneter
Lohmar Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in Hongkong eintreffende Flüchtlinge aus der Volksrepublik China auf dem deutschen Arbeitsmarkt aufzunehmen und sie im Hotel- und Gaststättengewerbe bzw. in Krankenhäusern zu beschäftigen?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- XII. 1. Abgeordneter
Reichmann Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Eltern, deren Söhne (auch einzige Söhne) im Wehrdienst als Soldaten der Bundeswehr tödlich verunglückten, keinerlei Entschädigung oder Unterstützung erhalten, sofern die Soldaten nicht privat in einer Lebensversicherung versichert waren?
- XII. 2. Abgeordneter
Reichmann Hält die Bundesregierung es nicht für notwendig, die Bundeswehrsoldaten rechtzeitig über das Lebensrisiko aufzuklären, damit sie eine private Lebensversicherung abschließen können, solange eine gesetzliche Regelung für tödliche Unfälle nicht vorliegt?
- XII. 3. Abgeordneter
Wächter Ist die Bundesregierung der Meinung, daß sie bei der Landbeschaffung für Kasernen und Truppenübungsplätze nur dann Privatbesitz in Anspruch nehmen sollte, wenn Staatsbesitz, auch wenn er aufgeforstet ist bzw. sich zur Aufforstung eignet, nicht zur Verfügung steht?

- | | |
|---|--|
| XII. 4. Abgeordneter
Wächter | Ist die Bundesregierung gewillt, bei der Landbeschaffung für Kasernen und Truppenübungsplätze alle Verhandlungsmöglichkeiten mit den Eigentümern auszuschöpfen, bevor sie zur Enteignung und Besitzeinweisung nach dem Landbeschaffungsgesetz schreitet? |
| XII. 5. Abgeordneter
Wächter | Ist die Bundesregierung bereit, bei der Landbeschaffung für Kasernen und Truppenübungsplätze den Eigentümern angemessene Entgelte anzubieten, um langwierige und kostspielige Prozesse zu vermeiden? |
| XII. 6. Abgeordneter
Dröscher | Warum ist es nicht möglich, die schweren Kettenfahrzeuge der Artillerieschule Idar-Oberstein, soweit sie zu regelmäßigen Übungen auf dem Platz Baumholder benötigt werden, auf diesem Truppenübungsplatz zu stationieren, um so die auch ohne Panzerfahrzeuge schon schlechten Verkehrsverhältnisse in der Enge der Innenstadt nach Möglichkeit zu verbessern? |

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|---|---|
| XIII. 1. Abgeordneter
Börner | Ist die Deutsche Bundespost in absehbarer Zeit in der Lage, der Überlastung des Selbstwählferndienstes zu bestimmten Tageszeiten durch beschleunigten Ausbau des Telefonnetzes in der Bundesrepublik entgegenzuwirken? |
| XIII. 2. Abgeordnete
Frau Dr. Kiep-
Altenloh | Hält die Bundesregierung es für richtig, daß, selbst wenn die ledigen Bediensteten sich eine Wohnung besorgen, das zinsfreie Darlehen der Deutschen Bundespost den verheirateten Bediensteten gewährt, den ledigen aber vor-
enthalten wird? |
| XIII. 3. Abgeordneter
Varelmann | Ist die Bundesregierung bereit, unter Berücksichtigung der langen Laufzeit der allgemeinen Verwirklichung des Selbstwählbetriebs im Fernsprechverkehr trotz der höheren Kosten der Handvermittlung in den kommenden Jahren denjenigen Fernsprechteilnehmern, die noch nicht in den Genuß des technischen Fortschritts gelangten, die gleichen Telefongebühren zu bieten wie im Selbstwählbetrieb? |
| XIII. 4. Abgeordneter
Varelmann | Steht die unterschiedliche Berechnung der Telefongebühren in Fernverkehr, Selbstwählbetrieb und Handvermittlung nicht im Widerspruch mit dem im Grundgesetz festgelegten Gleichheitsgrundsatz, insbesondere deshalb, weil die Differenzen sehr erheblich sind und ein Teil der Bürger fast zwei Jahrzehnte benachteiligt wird? |
| XIII. 5. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen) | Ist der Herr Bundespostminister bereit, darüber Auskunft zu geben, aus welchen Gründen die Deutsche Bundespost in letzter Zeit für in die Ostzone gesandte, aber verlorengegangene |

- Geschenkpakete Ersatzleistung ablehnt, obwohl die Sendungen ordnungsgemäß verpackt, versichert, frankiert und deklariert sind?
- XIII. 6. Abgeordneter
Cramer Ist dem Bundespostministerium bekannt, daß Fernsprechteilnehmer aus der Eifel, die ihre Ferngespräche über das Fernamt Köln anmelden müssen, oft 30 oder 35 Minuten warten müssen, bis sich das Fernamt meldet?
- XIII. 7. Abgeordneter
Ravens *) Trifft es zu, daß ein Oberpostdirektor der OPD Bremen einem Redakteur die Wohnung in einem posteigenem Hause in Osterholz-Scharmbeck mit der Begründung gekündigt hat, daß dieser „postunfreundliche“ Artikel in seiner Zeitung veröffentlicht bzw. geschrieben habe und er erwarten könne, daß in diesem Haus eine „postfreundliche“ Atmosphäre herrsche?
- XIII. 8. Abgeordneter
Ravens *) Billigt die Bundesregierung den Versuch, durch Druck auf einen Journalisten die Pressefreiheit einzuschränken?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

- XIV. 1. Abgeordneter
Dr. Hamm
(Kaiserslautern) Welche Impfschäden bei Impflingen und Kontaktpersonen sind bisher als Folge der Schluckimpfung gegen die Kinderlähmung in den Ländern aufgetreten?
- XIV. 2. Abgeordneter
Dr. Hamm
(Kaiserslautern) Wird das Bundesgesundheitsministerium in der Rechtsverordnung über koffeinhaltige Erfrischungsgetränke eine Deklarationspflicht für Orthophosphorsäure und ähnliche Zusätze aufnehmen, nachdem im Ursprungsland bekannter koffeinhaltiger Erfrischungsgetränke eine Deklarationspflicht für Orthophosphorsäure festgelegt worden ist?
- XIV. 3. Abgeordneter
Dr. Jungmann Wann beabsichtigt die Bundesregierung eine Gebührenordnung für Ärzte gemäß § 11 der Bundesärzteordnung zu erlassen?
- XIV. 4. Abgeordneter
Wittrock Teilt die Bundesregierung die während der Tagung des Deutschen Verbandes für Wasserwirtschaft in Wiesbaden am 28. Mai 1962 geäußerte Ansicht, die von den Ländern verabschiedeten Gesetze zur Durchführung des Wasserhaushaltsgesetzes hätten das Durcheinander auf dem Gebiet des Wasserrechtes gegenüber den früheren Regelungen vergrößert?

Bonn, den 8. Juni 1962

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*